

Noch in dieser Ausgabe:

Absurder Vorstoß	S. 3	Die letzte Schlacht gewinnen wir	S.10
Ja zu Europa - nein zum Vertrag	S. 4	Die Krankheit der jungen Männer	S.11
Für eine andere Europäische Union	S. 6	Bericht aus der BVV	S.12
Veranstaltungen und Bürgerangebote	S. 7	Tina, Coke, Krishan(KuFa Lehrter Straße)	S.16
LinksTreff-Eröffnung	S. 8		

# uff'n wedding

*Kiezzeitung vom LinksTreff*

## Oskar Lafontaines Rede auf dem Parteitag der LINKEN (Auszug)

# Wir haben ein Programm

Aufgrund der von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zu verantwortenden verheerenden Arbeitsmarktgesetzgebung ist der Niedriglohnsektor in diesem Jahr der größte unter den OECD-Staaten. Ich wiederhole das noch ein-

der Niedriglohnsektor. Und wer einen Monatslohn von 1000 Euro hat, darf im Alter mit einer Armutsrente von 400 Euro rechnen. Wenn es nichts anderes gäbe als das – dass heute eine Verkäuferin, die 1000 Euro verdient, nur eine



Rente von 400 Euro zu erwarten hat, in Dänemark bei dem selben Lohn eine Rente von 1200 Euro, also das Dreifache – wenn es nur das gäbe, dann wäre allein das Grund genug für uns zu kämpfen und unermüdlich dafür einzutreten, dass dieser gesellschaftspolitische Skandal beendet wird. Wir wollen armutsfeste Renten!

...Rosa Luxemburg, liebe Freundinnen und Freunde, war eine große Visionärin. Und so, als ahnte sie die Fehler, die die Arbeiterbewegung im

mal: Im Jahr 2005 lagen wir noch hinter den Vereinigten Staaten. Heute liegen wir beim Niedriglohnsektor an der Spitze unter allen OECD-Staaten. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet zu einem Lohn von 15.000 Euro jährlich oder darunter. Das ist nach der Definition

Staatssozialismus und Kapitalismus machen würde, schrieb sie uns ins Stammbuch: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Sie gab eine klare Antwort auf die oft gestellte Frage, was demokratischer Sozialismus ist. Demokratischer

Sozialismus ist eine Gesellschaft, die auf Freiheit und Gleichheit gegründet ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Was Gleichheit ohne Freiheit hieß, erlebten die Ostdeutschen in der DDR. Und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben heute die Hartz-IV-Empfänger, die Leiharbeiter, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäuferinnen im Supermarkt, die in Minijobs beschäftigt sind und bis auf die Toilette von Kameras überwacht werden. Das ist Freiheit ohne Gleichheit.

...Wer einen modernen linken Politikentwurf präsentieren will, muss sich mit dem Kapitalismus im neuen Gewande, dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, auseinandersetzen, denn dies ist die entscheidende Frage unserer Zeit: Wie begegnet Politik dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus? Unsere Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte sind bekannt:

1. Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr muss wieder kontrolliert werden.

2. Die Wechselkurse müssen stabilisiert werden.

3. Die Tobinsteuer auf internationale Finanztransaktionen muss erhoben werden.

4. Steueroasen müssen trockengelegt werden.

5. Ratingagenturen müssen gesellschaftlich kontrolliert werden, am besten in staatlicher Hand, denn sie haben großes Unheil angerichtet in den letzten Jahren.

6. Die Hedge-Fonds werden verboten. Auch diese Fonds haben erheblich zur Zerstörung ganzer Volkswirtschaften beigetragen.

7. Für den Bankensektor werden internatio-

nale Regeln erlassen.

8. Die Finanzaufsicht arbeitet international koordiniert nach gleichen Standards. Da geht es in erster Linie um die Eigenkapitalsicherung von Risiken.

9. Wir müssen die Börsenumsatzsteuer in Deutschland endlich einführen wie in anderen Ländern. Andere Länder machen das in Europa, warum wir nicht?

10. Wir fordern, dass Aktienoptionen zur Managerbezahlung verboten werden ebenso wie Boni für Spitzenkräfte im Bankensektor, denn Aktienoptionen führen zur Ankündigung von Massenentlassungen, um das eigene Vermögen zu steigern. Das ist die Perversität des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus! ...

11. Die Verlagerung von Risiken in Zweckgesellschaften muss in Deutschland untersagt werden.

12. Der Handel mit verbrieften Produkten, das ist der Schrotthandel, der alle in diese Milliarden Verluste getrieben hat, muss unterbunden werden.



...Am Schluss meiner Rede auf dem Gründungsparteitag habe ich an unsere Glaubwürdigkeit appelliert und Majakowski zitiert: Wir dürfen unserem Lied niemals auf die Kehle treten. Heu

te appelliere ich an euren Mut, gegen den Strom zu schwimmen, damit der Zorn des Peter Hacks, den er in einem Vers über die Partei niedergeschrieben hat, uns nicht eines Tages trifft: „Sie haben keine Traute, ihr Busen ist verwirrt. Und wer je auf sie baute, hat sich verdammt geirrt.“ So soll es nicht heißen über uns, liebe Freundinnen und Freunde! Aber dafür müssen wir uns wirklich anstrengen!

Die Grünen haben sich einmal als Anti-Parteien-Partei verstanden. Das ist lange her. Wir wollen uns als eine Partei gegen den Zeitgeist verstehen auf dem Hintergrund dessen, was ich vorhin gesagt habe. Nur wer eine Antwort auf den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat, hat ein ernstzunehmendes, modernes Programm. Alle anderen Programme, die diese Frage nicht aufgreifen, sind keine Programme, sondern Programmierungen, wobei die Programmierer die wirtschaftlich Mächtigen sind. Wir haben ein Programm!

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Aber wir dürfen niemals in die Falle tappen, uns selbst zufriedenzurückzulehnen. Niemals! Wir dürfen das Schulterklopper in den Medien nicht für bare Münze nehmen. Nein, wir müssen erkennen, dass wir noch große und schwere Aufgaben vor uns haben. Aber wir können mit Selbstbewusstsein diese Aufgabe in Angriff nehmen.

Ich sage immer wieder: Wir brauchen mehr Mitglieder! Also sage ich: Wenn ihr in einer Kneipe steht und einer euch anspricht und sagt: Was, du bist bei der LINKEN, dann guckt nicht unter euch auf die Fußspitzen, sondern sagt: Was, du noch nicht? Dann wird es aber Zeit!

In diesem Sinne, Glückauf!

*Die komplette Rede zum download unter [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)*

## bei Anderen gelesen

Spiegel online 23.05.08

### ABSURDER VORSTOSS

#### CDU-Verbands-Chef will Rentner zu Wählern zweiter Klasse degradieren

Der Gedanke ist absurd - und vermutlich verfassungswidrig: Der Chef des CDU-nahen Studentenverbands RCDS schlägt vor, die Stimmrechte von Rentnern und Arbeitslosen bei Bundestags- und Landtagswahlen zu halbieren.

Berlin - Gottfried Ludewig ist gerade mal 25 Jahre alt - und macht schon mit äußerst gewagten Vorschlägen von sich reden: Der junge Vorsitzende des CDU-nahen Studentenverbands RCDS will die Stimmrechte von Rentnern und Arbeitslosen bei Bundestags- und Landtagswahlen einschränken.

Er habe ein Thesenpapier mit dieser Forderung per E-Mail an sämtliche Vereinigungen der CDU geschickt, bestätigte Ludewig einen Bericht der „Bild“-Zeitung.

Das Papier trägt den Titel „Drei Thesen zur Stärkung der Leistungsträger“. Ludewig fordert darin: „Diejenigen, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen, müssen in diesem Land wieder mehr Einfluss bekommen. Die Lösung könnte ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht sein.“ Allein mit „Hartz IV-Beziehern und Rentnern“ könne der soziale Ausgleich in Deutschland nicht funktionieren.

Ludewig, der auch CDU-Mitglied ist, sagte, er habe mit dem Papier eine Diskussion in Gang setzen wollen, wie Leistungsträger zu stärken seien. Mit seiner E-Mail wolle er darauf aufmerksam machen, dass das, was umverteilt werden könne, zuerst erarbeitet werden müsse.

# Meinung

## Ja zu Europa – nein zum Vertrag von Lissabon

von Werner Schulten

Am 23. Mai haben alle Bundesländer für den Vertrag von Lissabon gestimmt, nur Berlin hat sich der Stimme enthalten. Enthalten müssen, weil die LINKE den Vertrag ablehnt und die Koalitionsvereinbarung dieses Abstimmungsverhalten in solchen Fällen vorschreibt.

Dies löste Empörung in den anderen Parteien aus. „Beschämend“ und „Schwerer Schaden für Berlin“ waren noch die harmlosesten Kommentare. Selbst vor einer Gleichstellung mit den Rechtsextremisten scheuten die Kritiker aus den so genannten Volksparteien nicht zurück. Es wurde der allgemeine Eindruck erweckt, DIE LINKE sei gegen Europa. Dies ist eine wider besseres Wissen verbreitete Verleumdung. DIE LINKE ist sehr wohl für Europa.

DIE LINKE bejaht grundsätzlich die europäische Integration. Ohne gemeinsame konkrete Antworten auf die sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind die heutigen und zukünftigen Probleme nicht lösbar. Eine dauerhafte und nachhaltige im Interesse der Menschen wirksame europäische Integration braucht ihre Unterstützung und Beteiligung. Dies kann aber nur auf der Grundlage einer demokratischen, freiheitlichen, sozialen und den Frieden sichernden Verfassung gelingen.

Und diese Verfassung muss sich der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger Europas stellen. Der Europäische Verfassungsentwurf scheiterte, weil in den wenigen Ländern, in denen eine Volksabstimmung hierfür vorgesehen war, die Mehrheit gegen diese Verfassung stimmte. Aber nach dem gleichen Prinzip, wie es seit der unsäglichen SPD-Grü-

ne-Koalition in Deutschland üblich ist, Gesetze gegen den erklärten Willen des Volkes zu verabschieden, scheute die Europäische Union unter Federführung der Bundesrepublik nicht davor zurück, den Verfassungsentwurf kurzerhand umzubenennen und ihn als Vertrag von Lissabon ohne Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger Europas durchzuseitzen, frei nach dem alten Adenauer-Zitat: „Was schert uns das Geschwätz des Volkes.“

DIE LINKE ist gegen den Vertrag, weil in ihm militärische Aufrüstung und Interventionen außerhalb des Gebietes der EU-Länder festgeschrieben werden. Sie ist gegen den Vertrag, weil die EU sich hierin nicht zur Sozialstaatlichkeit bekennt, sondern die Wirtschaftspolitik uneingeschränkt dem neoliberalen Dogma „einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ unterwirft und die in Artikel 3 als Ziel postulierte „soziale Marktwirtschaft“ unter den Vorbehalt der Wettbewerbsfähigkeit stellt.

Wenn mich als Kind der Nachkriegsgeneration vor dreißig Jahren jemand gefragt hätte, ob sich Deutschland 2008 an einem Interventionskrieg außerhalb des NATO-Territoriums befinden könnte, hätte ich ihn für verrückt erklärt. Unsere Generation ist unter dem nachhaltigen Eindruck des 2. Weltkriegs aufgewachsen. Die Vorstellung, Deutschland würde je wieder, egal mit wem, zu einer Militärmacht werden, die sich weltweit an kriegerischen Handlungen beteiligt, wie jetzt in Afghanistan, war bei aller Kritik am System unvorstellbar.

Wenn mich jemand in den 70er Jahren gefragt hätte, ob ich mir vorstellen könne, dass im ersten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts Kündigungsschutz massiv einge-

# Meinung

schränkt, Millionen Menschen unbezahlte Arbeit in Form von so genannten Praktika ableisten müssen, ein Viertel der Menschen in Deutschland an oder unterhalb der Armutsgrenze existiert, der größte Teil der Bevölkerung mit einer Rente rechnen muss, die unterhalb des Existenzminimums liegt, Gewerkschaften Tarifverträge abschließen, die ihre Arbeitnehmer dazu verurteilen, trotz 40-Stunden-Woche staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, um überleben zu können, die Bildungschancen der Kinder abhängig sind vom Einkommen der Eltern, Hochschulabsolventen nach Empfang ihres Diploms bei einer Behörde namens Jobcenter Almosen beantragen müssen, gute medizinische Versorgung nur noch für die zugänglich ist, die sie sich leisten können, Seh- und Kauhilfen nur noch gegen Bares zu erhalten sind, wenn mir jemand auch nur eine dieser Fragen gestellt hätte, so wäre meine Empfehlung an den Fragesteller gewesen, sich in eine Klapsmühle einweisen zu lassen.

Welche Gesellschaft ist schon so bescheuert, die mühsam erkämpften Errungenschaften gegen ein ausbeuterisches System wieder kampflos preiszugeben.

Wenn ich heute jemanden frage, wie es so weit kommen konnte, bekomme ich zur Antwort: „Das ist nun einmal so. Du weißt schon: Globalisierung und so.“ Für mich ist die Hinnahme der Gegebenheiten als „Naturgesetz“ das wirkliche Problem des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend.

Ich gebe zu: Ich habe damals auch die Pressefreiheit falsch verstanden. Auf die Idee, dass diese nicht nur durch den Staat, sondern ebenso durchs Kapital mittels Kauf von Zeitungen und Fernsehsendern gefährdet ist, bin ich damals nicht gekommen. Ich habe mir damals auch nicht vorstellen können, dass es einem

Politiker mit seiner, womöglich durch die Mafia finanzierten, Medienmacht gelingt, trotz zweimaliger Abwahl ein drittes Mal Präsident eines westeuropäischen Staates zu werden. Ich habe mir ebenso wenig vorstellen können, dass anstelle von Unternehmen wie Mannesmann oder Siemens, bei denen es nicht nur Mitbestimmung, sondern auch Loyalität zwischen Arbeitnehmerschaft und Management gab, Finanzjongleure treten, die mit fremdem Geld gesunde Betriebe übernehmen, ausplachten und zerschlagen, und hierdurch einzelne Personen Milliarden Jahreseinkommen erzielen, Großkonzerne Tausende von Mitarbeitern entlassen, um Kapitalrenditen von 15 auf 20 % zu schrauben und ihren Aktienkurs zu steigern, woran die Protagonisten dank Aktienoptionen zig Millionen verdienen. Die Vorstellung, dass Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur aufsteigt, war für mich ebenso wenig eine denkbare Option wie die Möglichkeit, dass die Profiteure der freien Marktwirtschaft dabei sind, aus Profitgier die Zukunft der ganzen Menschheit zu vernichten.

Nichts ist so unberechenbar wie der Mensch. Hieraus schöpfe ich auch meine Hoffnung, dass irgendwann Vernunft einkehrt in die Köpfe meiner Spezies.



*Der Autor ist Stellv. Vorsitzender der LINKEN.BO Wedding und Landesprecher der LAG BGE*



## DIE LINKE klagt gegen Vertrag von Lissabon

# Für eine andere Europäische Union

Bundestag und Bundesrat haben den Vertrag von Lissabon mit überwiegender Mehrheit gebilligt. Jetzt fehlt nur noch die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde durch den Bundespräsidenten Köhler, damit der Vertrag von Deutschland verbindlich ratifiziert wird. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. wird mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die Vereinbarkeit des neuen Vertrags mit dem deutschen Grundgesetz überprüfen lassen. Schon im Bundestag hat DIE LINKE. gegen den neuen Vertrag gestimmt. Er hebt demokratische Entscheidungsstrukturen aus und verfestigt die heutige Verfassung der EU, bei der die Parlamente entmachtet und ihre Kompetenzen auf die Regierungen verlagert werden.

Die heutige neoliberale Politik der EU, die auf Lohn-, Steuer- und Sozialdumping aufbaut, wird mit dem Lissabonner Vertrag weiter forciert. Anders als im deutschen Grundgesetz wird hier die EU-Wirtschaftsordnung einseitig festgelegt: sie soll der freien Marktwirtschaft verpflichtet sein. Den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ schreibt der Vertrag als Grundlage für noch mehr Deregulierung und Privatisierung fest. Die Grundrechte der Menschen werden bewusst auf die bürgerlichen Freiheitsrechte reduziert. Forderungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Partei DIE LINKE die sozialen Grundrechte mit Vorrang vor den neoliberalen Freiheiten des Binnenmarktes festzuschreiben, wurden durch die etablierten Parteien abgelehnt.

Die EU soll mit dem neuen Vertrag weiter zur Festung ausgebaut werden. Migration wird auf wirtschaftliche Nützlichkeit reduziert. Nicht der Mensch in Not steht im Mittelpunkt dieser Politik sondern alleine die Interessen der großen Konzerne. Die Außengrenzen der EU werden für alle „unerwünschten“ Menschen dicht gemacht. Dies führt schon heute dazu, dass jedes Jahr mehr als 5000 Menschen aus Afrika im Mittelmeer ertrinken, da sich die Mitgliedsstaaten der Union weigern, ein Rettungssystem für Flüchtlinge aufzubauen.

Durch den neuen Vertrag wird die Militarisierung der Europäischen Union weiter vorangetrieben. Bereits heute ist die EU eine

Militärunion. Mit dem Festschreiben der sogenannten „Petersberg-Aufgaben“ wurden 1992 „friedenserhaltende Aufgaben“ sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich „friedensschaffender Maßnahmen“ ermöglicht. Der Vertrag von Lissabon führt nun eine „Europäische Verteidigungsagentur“ als einen nächsten Schritt der Militarisierung ein. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Diese Militär- und Aufrüstungspolitik der EU bleibt als Aufgabe den Regierungen vorbehalten ohne jegliche Kontrolle durch die Parlamente. Dadurch wird eine dramatische Entparlamentarisierung der Militärpolitik forciert. Eine der wichtigsten Errungenschaften seit der 1848 Revolution – die demokratische parlamentarische Kontrolle von Militär- und Verteidigungsaufgaben – wird so abgeschafft.

Mit diesem Inhalt wird der Lissabonner Vertrag der Idee eines vereinten, friedlichen, demokratischen und sozialen Europas nicht gerecht. Viele Organisationen riefen bereits vor der Unterzeichnung des Vertrags durch die Staats- und Regierungschefs die BürgerInnen Europas zu einem „NEIN“ zum neuen Lissabonner Vertrag auf. DIE LINKE steht vor der Herausforderung, sich für eine grundlegende Veränderung der EU-Politik einzusetzen.

**Janeta Mileva / Uwe Hicks**  
**DIE LINKE. BO 65/21**

## Bürgerangebote

### LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete

jeden 1. und 3. Mittwoch 17-19 Uhr

durch RAe René Wenker und Michael Groß

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff  
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe  
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit einem Bezirksverordneten

Wolfgang Krüger oder Kaspar Scholemann

jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation  
der LINKEN im Wedding  
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

## Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)  
Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen.

LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse

BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

## Veranstaltungen

### LinksTreff

**Montag, 16. Juni 08**

**Wahlen in Italien** - Mitte/Links in Europa am Ende? - mit Harry Grünberg

**Montag, 14. Juli 08**

**Die Anerkennung des Kosovo** - Bruch des Völkerrechts als Strategie zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung - Alexander Neu

**Montag 15. September 08**

**Die Militarisierung der EU** - Martin Hantke

**Montag, 20. Oktober 08**

**Marx, Keynes und Co.** - braucht DIE LINKE eine neue Wirtschaftspolitik? - Uwe Hixsch

## Haus der Jugend\*

**Donnerstag, 12. Juni 08**

**Weg mit Hartz IV! - Und was kommt dann?**

Podiumsdiskussion mit

Katja Kipping MdB - DIE LINKE

Franziska Drohsel - Jusos

Jenna Kowalski - Grüne Jugend

\* *Anschrift siehe Seite 16*

## Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: [uffnwedding@linkstreff.de](mailto:uffnwedding@linkstreff.de)

web: [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)

# Wir sind immer noch da

## Die Linke im Wedding bleibt ein aktiver Faktor

Am 10. Mai haben wir gezeigt, dass man weiter mit der LINKEN im Wedding rechnen muss. Über 50 Genossinnen und Genossen und Freunde unserer Aktivitäten haben an unserer Eröffnungsfeier teilgenommen. Von allen, die da waren, muss man aber auch sagen, das sie zu denen gehören, die uns mit ihrer Tatkraft und Solidarität in die Lage versetzt haben, das wichtige linke Projekt, den LinksTreff am Leben zu erhalten.

In diesem Zusammenhang möchten wir allen, auch denen, die am 10. Mai verhindert waren oder für die eine Teilnahme an unserer Feier durch eine weite Anreise nicht möglich war, für ihre Solidarität danken. Ihre Unterstützung hat uns Kraft gegeben und unsere



Motivation bestärkt auf unserem Weg weiter zu gehen.

Offizielle Vertreter der Bezirks- oder Landespartei konnten bis heute nicht über ihren Schatten springen um mit uns in einen Dialog zu treten, wie wir gemeinsam die dringenden sozialpolitischen Probleme im Wedding angehen. Aber auch in dieser Hinsicht sind wir optimistisch, dass sich schon in naher Zukunft die Vernunft durchsetzen wird.

Die LINKE. Wedding arbeitet inzwischen wieder mit voller Kraft. Der Linkstreff ist inzwischen die Heimat von drei Basisorganisationen, wir arbeiten daran, dass es mehr werden. Unser Beratungs- und Hilfeangebot für die Bürger



konnten wir auch erweitern. Die Basisorganisationen sind zurzeit dabei, einen Plan zu erarbeiten, wie wir die LINKE in den Kiezen attraktiver und bekannter machen können.

Der LinksTreff wird inzwischen von überbezirklichen Zusammenschlüssen unserer Partei genutzt. Anfragen von befreundeten Organisationen und Initiativen liegen vor. Unsere uns von den Ereignissen aufgezwungene relative Selbständigkeit, mit dem Verein Linkstreff Wedding e. V. der Linken im Stadtteil eine Heimat und eine organisatorische und technische Basis zu schaffen, ist leider nicht zum Nulltarif zu haben. Wir sind zwar auf einem guten Weg, aber um eine langfristige und beständige Arbeit zu realisieren, brauchen wir weiterhin auch materielle Solidarität.

In dieser Ausgabe befindet sich deshalb auch ein Spendenaufruf mit Informationen, wie Frau oder Mann Fördermitglied des Linkstreff Wedding e. V. werden kann. Wichtig ist uns aber vor allem, MitstreiterInnen für die Aktivitäten der Linken im Kiez zu gewinnen. Wir brauchen Ideen und Engagement von Vielen. Einmischen und Mitmachen. Eine passende Antwort auf



das Neoliberale System und deren negativen Auswirkungen auf den überwiegenden Teil der Bevölkerung unseres Stadtteils können wir nur gemeinsam geben. Dazu rufen wir auf.

Dass wir aber nicht nur kämpfen und streiten können, dokumentieren wir mit den folgenden Bildern von unserer Eröffnungsfeier.

Winfried Rietdorf  
DIE LINKE. Wedding





## Kongress der Linken.SDS: „40 Jahre 1968.“

# Die letzte Schlacht gewinnen wir

Freitagmorgen der ersten sonnigen Woche im Mai startet im Audimax der Berliner Humboldt-Universität ein Kongress der Linken.SDS. Durchs Megafon brüllen die Störenfriede etwas in die Menge, ein paar Mitglieder der „Konservativ-subversiven Aktion“, die sich heimlich auf die Balustrade geschlichen hatten, aber das geht in kollektiven Rufen unter: „Hoch die internationale Solidarität!“.

Unter großem Applaus der Anwesenden wird ein rotes Banner gehisst. Es verkündet das Motto des Kongresses: „Die letzte Schlacht gewinnen wir“, den der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband, DIE LINKE.SDS und die Linksjugend [solid] vom 2. bis 4. Mai in Berlin, an der Humboldt-Uni veranstalten.



Zahlreiche Podiumsdiskussionen, Workshops und Vorträge beabsichtigten die Debatte um '68, wie es hieß, von links zu besetzen. Der junge Studentenverband hat bisher damit den größten Kongress zum Thema organisiert. Von Freitag bis Sonntag diskutierten an der Humboldt-Universität ca. 1600 Teilnehmende mit über 100 ReferentInnen.

Auf dem Kongress diskutierte Prof. Elmar Altvater mit anderen über die Wiederentdeckung des Kapitals von Marx, die Bundestagsabgeordnete Nele Hirsch (hochschulpolitische Sprecherin der Partei DIE LINKE), Alex Demirovic und Wolfgang Nitsch - einer der damals aktiven '68er - diskutierten die historische Denkschrift des SDS von 1961. Den Hintergrund der Diskussion bildete eine neue Denkschrift, an der DIE LINKE.SDS arbeitet. „Natürlich kann die Denkschrift nicht Wort für Wort übernommen werden, wohl aber die Herangehensweise“, so Hirsch.

Doch Unterschiede zum historischen SDS fallen beim genauen Hinsehen auf: Dieser hatte sich bekanntermaßen von jeglicher Partei losgesagt und gehörte der APO an, während der neue Studentenverband der Partei DIE LINKE nahe steht. Wie Hirsch fand auch Katharina Volk, die Geschäftsführerin der Vereinigung, der neue SDS sollte „versuchen, aus '68 und dem alten SDS strategisch zu lernen“. Denn die meisten Ziele der 68er seien nicht erreicht - noch nicht, beklagte sie auf der Podiumsdiskussion. Sie rief zum „erneuten Kampf gegen den Kapitalismus“ auf, für den die Zeit jetzt gekommen sei. Ihr Diskussionspartner Gerd Koenen, ehemaliger linker Aktivist und gegenwärtiger Kritiker der 68er, zeigte Verständnis für den neuen Studentenverband an die Tradition des SDS anzuknüpfen, doch könne man sich die Auseinandersetzung weder mit der DDR noch der Geschichte des SDS sparen.

Leo Panitch, Professor von der Universität Toronto, ehemaliger Aktivist in London und Klaus Meschkat, ehemaliger Professor für Soziologie und Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studierendenverband (SDS) erinnerten sich an die Zeit vor genau 40 Jahren und begrüßten die Anknüpfung an die 68er-Bewegung.

Ziel der beiden Organisatoren, dem Studierendenverband LINKE.SDS und Linksjugend [solid], war, die Erfahrungen der 68er-Bewegung für den Protest von heute fruchtbar zu machen. Katharina Volk, Geschäftsführerin

von Linke.SDS, sieht mit der Resonanz des Kongresses den Studierendenverband politisch im Aufwind: „Wir haben uns auf den Tag vor genau einem Jahr gegründet - mittlerweile gibt es uns an 60 Hochschulen. Nach dem Kongress dürften es noch einige mehr werden. Der Zulauf ist überwältigend. Wir sind der am schnellsten wachsende Studierendenverband. Der Kongress zeigt: Viele Menschen sind unzufrieden mit unserer Gesellschaft und suchen nach Alternativen. Es gibt ein enormes Bedürfnis an antikapitalistischer Theorie und Praxis.“

E. D.

## Warum die Jugend für viele ein Ärgernis bleibt

# Die Krankheit der jungen Männer

**Es kam wie erwartet: Als man im Brunnenviertel Anfang Mai über die Sicherheitssituation diskutierte, brachten zahlreiche Bürger lebhaft ihre Klagen über jugendliche Rabauken vor. Die Klage ist nicht neu und begleitet einen im Wedding auf Schritt und Tritt. Aber natürlich nicht nur im Wedding: Vor zweieinhalbtausend Jahren führte Sokrates im alten Griechenland schon die selbe Rede: Die Jugend ist unverschämt und hat keinen Respekt vor dem Alter.**

Manche glauben ja, die Brutalität - vor allem der jungen Männer - sei ein besonderes Problem der Großstadt mit vielen Migrantinnen und

der heutigen Zeit. Aus meiner Jugend in einem fränkischen Dorf in den 70er Jahren kann ich jedoch berichten, dass das Böse immer und

überall lauert. Der Gipfel der Brutalität war damals die Belzermerteljagd. Am 11. November verkleideten sich die Halbstarken des Dorfes als Nikoläuse und jagten die Jüngeren durch die Straßen. Wer erwischt wurde, musste ein „Vater unser“ aufsagen. Stockte es dabei, gab es Hiebe - ursprünglich wohl mit einer Rute, aber mit der Zeit hatten sich Ketten durchgesetzt.

Die Erwachsenen erfuhren kaum etwas von unseren



Schlägereien – und wollten davon auch so recht nichts wissen. Wir hätten es als Eingeständnis der Schwäche empfunden, sie zu Hilfe zu holen, wenn wir wieder einmal auf die Nase bekommen hatten. Das hat sich dankenswerterweise geändert. Die Erwachsenen schauen gerade in einer Stadt wie Berlin heute genauer hin und das Opfer geht auch mal zur Polizei. Die Folge ist allerdings, dass die registrierte Jugendkriminalität steigt.

Die Kriminalisten sprechen vom „young men syndrom“, der Krankheit der jungen Männer. Überall und zu allen Zeiten fallen vor allem junge Männer durch unerwünschtes Verhalten bis zur Gewalt auf. Naturvölker kanalisieren das üblicherweise dadurch, dass sie ihre jungen Männer zum Beutemachen zu den Nachbarstämmen schicken.

So gesehen ist die Klage über die Jugend so sinnlos wie das Gejammer über einen Schnupfen. Die jungen Leute sind eben jedesmal wieder ein „Ansturm der Barbarei auf die Zivilisation“, wie es der Soziologe Samuel N. Eisenstadt ausdrückte.

Sicher, Jugendliche finden sich unterschiedlich zurecht bei ihrem Weg in die Zivilisation,

und auch die Gesellschaft kann manches tun, um ihnen den Weg zu erleichtern. Zuvörderst muss die Gesellschaft eine Perspektive bieten für ein integriertes Leben. Deshalb ist das Problem im Wedding ja auch schlimmer als in Zehlendorf, weil für die Jugendlichen hier die Aussichten aus bekannten Gründen einfach schlechter sind.

Wenig hilft staatliche Repression. Das „young men syndrom“ gibt es genauso in Gesellschaften mit drakonischen Strafen. Und dass der Knast nicht bessert, zeigen die Rückfallzahlen. Das heißt nicht, dass man nicht konsequent sein sollte. Vor allem aber muss die Jugendgerichtsbarkeit schneller werden, damit die Konsequenzen spürbar sind, bevor sich eine ganze Latte von Straftaten angesammelt hat.

Aber wie man es dreht und wendet, es ist abzusehen, dass vor allem die männlichen Jugendlichen für viele ein Ärgernis bleiben werden. Angesichts der Natur des Menschen bedarf der ewige Friede kunstvoller gesellschaftlicher Einrichtungen, von denen wir noch ein gutes Stück entfernt sind.

*-thomas kilian-  
DIE LINKE.Wedding*

## Bericht aus der BVV

### *Sitzung am 30.05.2008*

Im Mai ging es bezirkspolitisch um ausufernde **Großflächenwerbung**, das Theaterhaus Mitte, die formale Privatisierung der bezirkseigenen Gebäude und Lehrermangel im kommenden Schuljahr.

Immer mehr Großflächenwerbung zielt die Strassen und Plätze des Bezirks, was jetzt in einer Anfrage thematisiert wurde. Nicht selten sind die Genehmigungen schon lange abgelaufen, so zum Beispiel bei Deutschlands

größter Werbefläche auf dem Gebäude der Charite. Grundsätzlich liegt die Zunahme der Werbung aber an der 2005 beschlossenen Liberalisierung auf Landesebene, die den Denkmalschutz und die Bauordnung betraf.

Einen erfrischend anderen Weg wählte die Stadt Sao Paolo, in der seit 2007 ein vollständiges Werbeverbot gilt. Begründet wurde dieser Schritt unter anderem mit zahlreichen illegalen Werbetafeln.

Fast einstimmig hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, dass der Bezirk keine Verantwortung mehr für den Fortbestand des **Theaterhauses Mitte** trägt. Mit der Begründung, der Bezirk werde in den kommenden Jahren kein Geld für das Haus haben, nahm die Bezirksverordnetenversammlung dabei indirekt das Ergebnis der gegenwärtig laufenden Verhandlungen zwischen den Bezirken und dem Land über eine auskömmliche Ausstattung vorweg.

Von bezirklichen Gestaltungsspielräumen, die Projekte wie das Theaterhaus ermöglichen würden, wird auch mittel- bis langfristig nicht ausgegangen. Auf Betreiben von Mitgliedern der **Linksfraktion** wird es einen runden Tisch geben, an dem sich Bezirks- und Landespolitiker mit dem Förderverein und der Nutzerinitiative über die Zukunft des Hauses verständigen sollen. Inwieweit das jetzige kulturelle Leistungsangebot erhalten bleiben kann, steht in den Sternen.

Die CDU hat lautstark die Förderung von Projekten des vom Verfassungsschutz beobachteten „**Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung**“ kritisiert. Das Zentrum sei nachweislich von der „Islamischen Gesellschaft Deutschland“ dominiert, die im Falle der Auflösung des Zentrums laut Satzung das Eigentum übernehme und die entsprechend des Verfassungsschutzberichtes der deutsche Arm der Muslimbrüder sei. Der Bezirk fördere somit Sozialarbeit, die u.a. von einem frauen-, homosexuellen- und verfassungsfeindlichen Imam mit dem Ziel der Islamisierung Deutschlands durchgeführt werde.

Der Bezirksbürgermeister Christian Hanke verteidigte unter Applaus von Linken und Grünen die finanzielle Förderung von Projekten des Vereins u.a. mit der Begründung, wegen vereinzelter erzkonservativer Haltungen, die er dem Wesen nach auch aus seiner katholischen Kirche kenne, könne die Kooperation

mit dem Verein nicht beendet werden. Der Verein leiste mit seinem Bildungsangebot (u.a. Deutschkurse für Frauen, Sport- und Computerunterricht) einen integrations- und bildungspolitischen Beitrag.

**Die formale Privatisierung der bezirkseigenen Gebäude** (v.a. Schulen) ist endgültig vom Tisch, wie der BVV zur Kenntnis gegeben wurde. Im vergangenen Herbst hatten Bürgermeister Christian Hanke und der damalige Stadtrat für Jugend und Finanzen, Jens-Peter Heuer, intensiv für die Übertragung der bezirkseigenen Gebäude an die BIM GmbH geworben.

Nachdem parteiübergreifend erhebliche Bedenken hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen, der Steuerungsmöglichkeiten des Bezirks und der juristischen Machbarkeit aufkamen, wurde das Projekt nun fallengelassen.

Im **Schulausschuss** wurde mitgeteilt, dass für das kommende Schuljahr im Bezirk zwischen 30 und 40 Lehrer fehlen. Zudem wurde bekannt gegeben, dass es bei der Festlegung der Klassengrößen keine Rolle mehr spielt, ob eine erhebliche Anzahl von Schülern Probleme mit der deutschen Sprache hat.



*Kaspar Scholemann ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte*

## Die Kulturfabrik in der Lehrter Straße, ein Kosmos für sich

# Tina, Coke, Krishan und die vielen Anderen

Sie ist nur einen Katzensprung vom Wedding entfernt, aber für die meisten Weddinger ist die Kulturfabrik (genannt Kufa) im angrenzenden Stadtteil Moabit völlig unbekannt. Dabei bietet dieses auf Vereinsstrukturen basierende Kulturprojekt jede Menge interessanter Veranstaltungen an. So befinden sich in der Lehrter Straße 35 nicht nur ein Café, in dem u.a. regelmäßig Ausstellungen stattfinden, sondern auch ein Theatersaal (Theaterdock), ein Kino (Filmrauschpalast) und ein großer Veranstaltungsraum für Konzerte, Parties und Gesellschaften. Früher lag dieser Raum in den großzügigen Kellerräumen - eine Führung mit Tina durch die Katakomben der Fabrik lohnt

und Draußen'. (Empfehlenswerte Freiluft-Kinoveranstaltung auf großer Leinwand im 'Garten' des Geländes.)

Das Haus selbst hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. In den Jahren 1911-12 errichtet, diente das Gebäude unterschiedlichsten Industrie- und Gewerbebranchen. Dann, 1973, wurden die Türen geschlossen und blieben dieses auch eine geraume Zeit. Zwar erwarb 1983 das Land Berlin die Liegenschaft, aber der Gewerbebau verfiel weiter zusehends. Sein Abriss schien besiegelt. (Zwischendurch muss wohl auch zweimal der Dachstuhl gebrannt haben.)



immer - und nannte sich Slaughterhouse (musste leider geschlossen werden). Heute heißt es nun Urknall und befindet sich in einer Halle im Hinterhaus des Gebäudekomplexes. Im Sommer gibt es dann noch 'Umsonst

Schließlich kamen die Jahre, in denen die Mauer fiel. Berlin erlebte eine Blütezeit alternativer, experimenteller und eigenverantwortlicher Kunst- und Kulturprojekte. Viele haben sich im Laufe der Jahre verändert, sind heutzutage längst durchkommerzialisiert und vermarktet oder existieren gar nicht mehr. (Das Tacheles z.B., ebenfalls ein Verein, wird aller Wahrscheinlichkeit nach Ende des Jahres seine Pforten gänzlich schließen müssen.) Ebenfalls in diesen Anfängen jener Jahre ergriffen die Bewohner in der Nachbarschaft zur leerstehenden und verfallenden Lehrter Straße 35 die Initiative. Man bemächtigte sich des Gebäudes und fing an, mit sehr viel Eigeninitiative die Räume beispielbar zu machen. Am Anfang entstanden Ateliers und Probenräume für Bands, später kamen das Café und die anderen Orte hinzu. 1991 bereits gründete sich



der 'Kulturfabrik Lehrter Str. 35 e.V.' in seiner jetzigen Struktur als Dachverein mit den diversen Untervereinen. Laut Pressebroschüre des Vereins können diese auf stolze 150 aktive Mitglieder verweisen. Unzählige sind wohl die vielen tausend freiwilligen Arbeitsstunden, die unentgeltlich in die Nutzbarmachung der Räume und die Organisation von Veranstaltungen geflossen sind, bis heute. Ohne öffentliche Förderungen geht es allerdings auch hier nicht mehr. Und da das Gebäude dringend saniert werden muß, um adäquat weiterarbeiten zu können, bangt man nun auch um die Bereitstellung entsprechender Gelder; der Großteil muß dann eh wieder in ehrenamtlicher Arbeit geleistet werden.

Allein der Besuch der Kufa aus architektonischen Gesichtspunkten lohnt schon. Sitzt man im 'Garten' bei einer der Freiluftveranstaltungen (Mai - September, freitags und samstags Kino nach Sonnenuntergang) schaut man auf die Rampen und Gleise der Fernbahn, die fast lautlos ständig und regelmäßig die Kulisse vervollständigt. Hinter einem ragt das rostige Skelett eines ehemaligen Lastenfahrstuhls zerfranst an der Hauswand empor. Im Theaterdock finden im Juni alleine 13 Veranstaltungen statt. Und da ist von 'Theater Tresen ohne Sex' über 'Impro Theater - Wat'n da los' im Rahmen der bundesweiten Reihe 'Improv meets Autism' bis hin zu 'Ansichten eines alten Sacks' so manches mit dabei. An Konzerten empfiehlt die Kufa u.a. besonders ihre Veranstaltung 'Planet Wave' am 21.6.08 im Rahmen des Berlinprogramms 'Fete de la Musique'. Das Programm beginnt ab 16.00 Uhr draußen und ergänzt sich ab 22.00 Uhr im Urknall mit einer

Party und diversen DJs. Alles Nähere findet man im Internet. Ein Besuch der Webseiten der Kufa lohnt ohnehin. Dort findet man gut aufbereitet alles, was die Kufa zu bieten hat, von der nachmittäglichen Kinder und Jugendbetreuung bis hin zu den Veranstaltungen am späten Abend. Im Café herrscht bereits das Rauchverbot (dem Einen oder Anderen mag



das wohl auch gefaller) und ein Besuch zu günstigen Billard-, Kicker- (Gerät ist ligatauglich) und Getränkepreisen lohnt bestimmt. Das Café diente sogar schon als Filmkulisse in der Verfilmung des Buchs 'Herr Lehmann'. Kino gibt es übrigens montags bis mittwochs für 4 Euro, donnerstags bis sonntags für 4 Euro 50. (Laut Tina die beste Bestuhlung seit Erfindung der ersten Klasse.)

Nach wie vor gibt es das Gerücht, die Kufa sei schwer zu erreichen. Jedoch ist sie z.B. vom Leopoldplatz mit dem Fahrrad in einer Viertelstunde über die Fennbrücke leicht zu erreichen. Mit der BVG empfiehlt es sich, bis zum U-Bahnhof Pank-, Reinickendorfer- oder Turmstraße zu fahren und von dort aus dann jeweils weiter mit dem Bus M27. Dieser fährt in der Regel dann auch alle 10 Minuten.

A., Janoph



## Weg mit Hartz IV Und was kommt dann?

Podiumsdiskussion mit



**Katja Kipping** MdB  
Stellv. Parteivorsitzende  
DIE LINKE



**Franziska Drohsel**  
Juso-Vorsitzende



**Jenna Kowalski**  
Bundesvorstand  
Grüne Jugend

Moderation: **Susanne Götze**

**Donnerstag, 12. Juni 2008 19.00 Uhr - Haus der Jugend  
Reinickendorfer Str. 55 - 13347 Berlin U-Bhf. Nauener Platz**

Veranstalter: **DIE LINKE. im Wedding** [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)